



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Wettbewerbskommission WEKO
Commission de la concurrence COMCO
Commissione della concorrenza COMCO
Competition Commission COMCO

CH-3003 Bern, WEKO

Bundesamt für Energie BFE
Sektion BP
3003 Bern

Vorab per E-Mail an: energiestrategie@bfe.admin.ch
Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: 521-0469
Direktwahl:
Bern, 19.12.2012

521-0469: Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung.

Die Wettbewerbskommission (WEKO) nimmt im Vernehmlassungsverfahren Stellung zu Entwürfen zu rechtsetzenden Erlassen des Bundes, die den Wettbewerb beschränken oder auf andere Weise beeinflussen (Art. 46 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen; KG; SR 251).

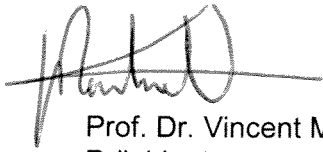
Beiliegend erhalten Sie den ausgefüllten Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050. Ihren gesetzesmässigen Auftrag wahrnehmend hat sich die WEKO wie eingangs erwähnt auf die Beantwortung der aus wettbewerblicher Sicht relevanten Fragen beschränkt. Bei den übrigen Fragen wurde bewusst auf eine Stellungnahme verzichtet. Daraus kann weder abgeleitet werden, dass die vorgeschlagenen Massnahmen aus anderen Überlegungen zu unterstützen noch abzulehnen sind.

Wettbewerbskommission
Monbijoustrasse 43, CH 3003 Bern
Tel. +41 31 322 2040, Fax +41 31 322 2053
weko@weko.admin.ch
www.weko.admin.ch

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Bemerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

Wettbewerbskommission



Prof. Dr. Vincent Martenet
Präsident



Dr. Rafael Corazza
Direktor

Beilagen:

- Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050
- Stellungnahme der WEKO im Rahmen der Vernehmlassung zur PI 12.400

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Wettbewerbskommission (WEKO)

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen	2
Kernenergiegesetz	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	3
Energieeffizienz	4
Gebäude	4
Mobilität	5
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	7
Industrie und Dienstleistungen	7
Erneuerbare Energien.....	9
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	10
Einspeisevergütungssystem.....	10
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	11
Netzzuschlag.....	12
Fossile Kraftwerke	12
Netze.....	13

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die WEKO nimmt die in der Energiestrategie 2050 formulierten umweltpolitischen Ziele des Bundesrates zur Kenntnis und verzichtet auf eine (wettbewerbs-)politische Bewertung derselben. Die Frage, ob der durch den Bundesrat und das Parlament bereits beschlossene etappenweise Ausstieg aus der Atomtechnologie aus wettbewerblicher Sicht wünschenswert ist, ist somit nicht Gegenstand der vorliegenden Stellungnahme. Nachfolgend werden einzig die für die Umsetzung des ersten Massnahmenpakets vorgeschlagenen Gesetzesänderungen aus wettbewerblicher Sicht thematisiert und auf Konfliktpotenziale mit den Bestimmungen des Kartellgesetzes hingewiesen.

Bei der Beurteilung der geplanten Gesetzesänderungen orientiert sich die WEKO am Grundsatz, dass Regulierungen generell wettbewerbsneutral auszugestalten sind. Dies bedeutet, dass Staatseingriffe nicht ohne zwingende Erfordernis Marktteilnehmer bevorzugen oder benachteiligen sollten. Dabei ist insbesondere auf die Technologieneutralität bzw. Technologieoffenheit von Erlassen und Massnahmen zu achten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Verbreitung neuer erwünschter Technologien verunmöglicht wird. Mit der Energiestrategie 2050 werden politische Entscheide umgesetzt, welche den Grundsatz der Technologieneutralität *bewusst ignorieren*. Die WEKO nimmt diese (umwelt-)politischen Entscheide zur Kenntnis und verzichtet diesbezüglich auf eine wettbewerbspolitische Beurteilung. Hingegen erscheint fraglich, ob sich alle vorliegend geplanten Abweichungen vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit (Art. 94 BV) tatsächlich mit dem bestehenden Energieartikel der Bundesverfassung (Art. 89 BV) genügend begründen lassen.

Weiter gilt es zu beachten, dass durch Regulierungen die Gefahr von schädlichem kollusivem Verhalten nicht erhöht werden darf. Kollusives Verhalten wird namentlich durch Transparenz betreffend die Kostenstruktur und die Produktionskapazität der einzelnen Unternehmen sowie durch branchenweite Vereinbarungen begünstigt. Inwiefern erhöhte Transparenz oder branchenweite Vereinbarungen den Wettbewerb tatsächlich beeinträchtigen, ist im Einzelfall abzuklären. Die potentiell negativen Wirkungen auf den Wettbewerb sind jedoch vorgängig zu prüfen und zu benennen.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen enthalten an mehreren Orten Delegationsnormen, die den Bundesrat zum Erlass von Ausführungsbestimmungen ermächtigen. Es ist bereits heute absehbar, dass einzelne auf dieser Grundlage zu erlassende Verordnungsbestimmungen kartellrechtlich heikle Punkte betreffen werden (namentlich Art. 14 Abs. 4, Art. 19, Art. 21 und Art. 23 – 25 EnG sowie Art. 17a Abs. 2 und 3 StromVG). Die WEKO beantragt, dass bereits im erläuternden Bericht resp. in der Botschaft zum totalrevi-

dierten EnG nachdrücklich auf eine wettbewerbskonforme Ausgestaltung der zu erlassenden Ausführungsvorschriften gepocht wird.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aus Sicht der WEKO ist grundsätzlich nichts gegen ein *etappenweises Vorgehen* der Energiestrategie 2050 einzuwenden. Da eine materielle Beurteilung von Wettbewerbswirkungen aber nur in Bezug auf *konkrete* Massnahmen möglich ist, muss sich die nachfolgende wettbewerbliche Beurteilung der Energiestrategie 2050 auf das vorliegende erste Massnahmenpaket beschränken. Zu den Massnahmenpaketen für die Umsetzung der zweiten (sowie allenfalls weiteren) Etappe(n) der Energiestrategie 2050 wird die WEKO zu gegebener Zeit Stellung nehmen.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

In Anbetracht des bereits durch Bundesrat und Parlament beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie scheint ein Verbot der Erteilung von neuen Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke konsequent. Betreffend den Grundsatzentscheid des Atomausstiegs verweisen wir auf obige Bemerkungen zu Frage 1. Aus Sicht des (Technologie-)Wettbewerbs ist es jedoch zu begrüßen, dass auf den Erlass eines Technologieverbots explizit verzichtet wird.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mit der Festschreibung von verbindlichen Ausbauzielen für die Produktion von Elektrizität aus Erneuerbarer Energie (indirektes Festsetzen bestimmter Quoten für Ökostromproduktion zulasten anderer Technologien) wird in das freie Spiel der Marktkräfte eingegriffen. Dies stellt eine Abkehr von der marktbasierten Gestaltung des Energiesektors dar, welche seit Inkrafttreten des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) das klare Ziel der schweizerischen Elektrizitätsgesetzgebung war. Ob diese Abkehr gewünscht ist, ist vorab eine *politische* Entscheidung.

Die vorgeschlagenen Fördermassnahmen des Bundes werden dazu führen, dass über ein Drittel der Stromproduktion in der Schweiz aus staatlich vorgegebenen Technologien stammt. Damit wird sich das Risiko der Fehlregulierung erhöhen.

Um das postulierte Ziel der Förderung von Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Stromeffizienz zu erreichen, wären auch andere Massnahmen denkbar, welche zu einem weniger starken Eingriff in den Wettbewerb führen als eine Quotenregelung. Würden beispielsweise bei den bestehenden Technologien alle relevanten externen Kosten internalisiert (z. B. angemessene Rückstellungen für die Endlagerung atomarer Abfälle sowie für das inhärente Risiko eines atomaren Unfalls), so würde dies für erneuerbare Energiequellen (auch ohne Subvention) zu einem relativen Kostenvorteil führen. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass volkswirtschaftlich effiziente Preissignale die richtigen Anreize setzen, den Ausbau von Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Dies setzt freilich voraus, dass diese Preissignale auch gleichermassen ungefiltert an alle Endverbraucher weitergegeben werden. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere die Entlastung von Grossverbrauchern (vgl. Frage 14) kritisch zu beurteilen.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?
CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☐ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☐ Keine der beiden Varianten
☒ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?
Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqües} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

- ☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?
CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

- ☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Bestimmungen im Entwurf zu den Änderungen des CO₂-Gesetzes betreffend Emissionen bei Personenwagen entsprechen weitgehend den Regelungen des bisherigen Rechts. Materiell beinhaltet das vorgesehene Gesetzgebungsprojekt einen weitergehenden Zielwert für die Jahre nach 2015 sowie die Ausdehnung auf Lieferwagen und leichte Sattelschlepper. Der Mechanismus für die Abgabepflicht bleibt jedoch derselbe.

Die Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts auf durchschnittlich 95 g CO₂/km ist als solche

aus wettbewerblicher Sicht nicht zu beanstanden. Die WEKO stört sich jedoch an den konkret vorgeschlagenen Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels.

Die WEKO und ihr Sekretariat haben bei bisherigen Konsultationen zu Bestimmungen betreffend Emissionen bei Personenwagen (sei dies beim Gesetzesentwurf als auch bei Änderungen der verschiedenen Verordnungen) wiederholt Bedenken hinsichtlich wettbewerbsbeschränkenden Regelungen angemeldet. Gerne möchten wir diese Bedenken hier nochmals wie folgt erläutern:

Das zur erneuten Revision stehende CO₂-Gesetz kann weiterhin zu Nachteilen für Kleinimporteure führen, wenn sie Fahrzeuge mit hohen CO₂-Emissionen einführen, da sie diese, im Gegensatz zu den Grossimporteuren, nicht mit Fahrzeugen mit tiefen CO₂-Emissionen kompensieren können.

Aus wettbewerbsrechtlicher Sicht führt die Möglichkeit zum Import von Neufahrzeugen durch Endkunden (Direktimporte) und durch Händler (Parallelimporte), als Alternative zum Bezug beim offiziellen schweizerischen Händlernetz bzw. beim schweizerischen Generalimporteur, zu einem verstärkten Wettbewerb innerhalb der Marke. Fehlt die disziplinierende Wirkung von Direkt- oder Parallelimporten, kann dies zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Wettbewerbs führen (vgl. Entscheid BMW der WEKO vom 7. Mai 2012, www.weko.admin.ch → letzte Entscheide). Daher stehen wir regulatorischen Massnahmen, die zur Erschwerung von Direktimporten und Parallelimporten führen, grundsätzlich ablehnend gegenüber. Wir regen daher an, das CO₂-Gesetz so auszugestalten, dass Kleinimporteure gegenüber Grossimporteuren nicht benachteiligt werden.

Als Abhilfe für diese offenkundige Ungleichbehandlung ist zwar vorgesehen, dass sich Kleinimporteure zu einer Emissionsgemeinschaft zusammenschliessen können und somit die gleichen Rechte und Pflichten wie ein Grossimporteur erhalten. Kleinimporteure haben gegenüber der WEKO jedoch mehrfach angedeutet, dass diese Lösung wegen der vorgesehenen Solidarbürgschaft zwischen den einzelnen Kleinimporteuren als wenig praktikabel erscheint.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Vgl. obige Bemerkungen zu Frage 9.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen, dass im erläuternden Bericht erwähnt wird, dass beim Erlass der Ausführungsbestimmungen darauf geachtet werden müsse, dass durch die Pflicht zur Herausgabe und Veröffentlichung von Daten weder das Geschäftsgeheimnis verletzt werde noch eine Wettbewerbsbeeinträchtigung (etwa durch die Offenlegung von internen Kostenstrukturen oder Produktionskapazitäten) eintrete.

Wie bereits bei den Bemerkungen zu Frage 1 erwähnt wurde, kann zu viel Transparenz zwischen Unternehmen, die miteinander im Wettbewerb stehen, Kollusion zwischen diesen Unternehmen begünstigen. Diese Kollusionsgefahr hängt sowohl vom Gegenstand als auch der Form der veröffentlichten Daten (nichtanonymisierte vs. anonymisierte Veröffentlichung) ab. Ob die Veröffentlichung einzelner Daten zu einer Wettbewerbsbeeinträchtigung im Sinne des Kartellgesetzes führt, kann nur im Einzelfall beurteilt werden.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass bei einer gleichbleibenden Ökostromförderung die Entlastung gewisser Verbraucher von der Bezahlung des Netzzuschlags eine Mehrbelastung der übrigen Verbraucher zur Folge hat. Da die Energiestrategie 2050 gar einen Ausbau der Förderung von Erneuerbaren Energien vorsieht, wird die Mehrbelastung der verbleibenden Verbraucher zusätzlich verstärkt.

Ob eine gewisse Verbrauchergruppe – unter der Voraussetzung des Abschlusses einer Zielvereinbarung – zulasten einer anderen Verbrauchergruppe entlastet werden soll, ist vorab eine *politische Frage*. Aus *wettbewerblicher* Sicht ist sie jedoch dann relevant, wenn die beiden Verbrauchergruppen miteinander im Wettbewerb stehen.

Unter der vorgeschlagenen Regelung werden Unternehmen, welche den absoluten Schwellenwert von 0,5 GWh pro Jahr (ev. sogar knapp) nicht erreichen, nicht entlastet, während ihre Konkurrenten, welche den Schwellenwert (vielleicht nur knapp) erreichen, entlastet werden. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Daran ändert auch die Bedingung eines Abschlusses einer Zielvereinbarung für die Rückerstattung des Netzzuschlags nichts: Es ist davon auszugehen, dass ein Unternehmen nur dann das System der individuellen Zielvereinbarung wählen wird, wenn dies zu einer geringeren Belastung führt, als die Bezahlung des Netzzuschlags.

Die Frage, ob ein Unternehmen einen Stromverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr aufweist, ist zu einem wesentlichen Teil von der Unternehmensgrösse abhängig. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass die vorgeschlagene Regelung in erster Linie zu einem Wettbewerbsvorteil für Grossunternehmen führen wird. Der Wettbewerb zwischen grossen und kleinen Unternehmen wird zudem zusätzlich verzerrt, wenn (wie vorgesehen) trotz Abgabebefreiung für Grossverbraucher an einem vorgegebenen Fördervolumen für Erneuerbare Energien festgehalten wird. Da keine alternative Alimentierung für die Einspeisevergütung vorgesehen ist, muss der durch die Entlastung der Grossverbraucher verursachte Ertragsausfall durch eine zusätzliche Erhöhung des Zuschlagssatzes für die weiterhin zuschlagspflichtigen Stromkonsumenten (Stromverbrauch < 0,5 GWh/Jahr) wettgemacht werden.

Leider geht aus den Erläuterungen zu Art. 38 EnG nicht klar hervor, welches Ziel mit der vorgeschlagenen Entlastungsregelung erreicht werden soll.

- Falls das Ziel darin besteht, *mit möglichst vielen Unternehmen individuelle Zielvereinbarungen* zur Steigerung der Stromeffizienz abschliessen zu können, scheint die Verwendung eines möglichst tiefen absoluten Schwellenwerts vordergründig zweckdienlich. Bei genauerer Betrachtung ist es jedoch fraglich, ob individuelle Zielvereinbarungen überhaupt notwendig sind: Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, haben grundsätzlich immer ein Interesse daran, laufend in Stromeffizienzmassnahmen zu investieren. Da der Netzzuschlag die effektiven Stromkosten der Unternehmen erhöht, wird dieser Anreiz sogar verstärkt.
- Falls das Ziel darin besteht, die *internationale Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiven Unternehmen* zu erhalten, sollte nicht ein absoluter, sondern ein relativer Schwellenwert (z. B. Stromverbrauch im Verhältnis zur Wertschöpfung) als Kriterium für die Befreiungsberechtigung verwendet werden. Darüber hinaus gilt es, ein zusätzliches Kriterium zu definieren, welches der Exportorientierung der zu entlastenden Unternehmen Rechnung trägt. Aus wettbewerblicher Sicht ist es zwingend, dass die Rückerstattung des Netzzuschlags zielgerichtet anhand spezifischer Kriterien bezüglich Energieintensität und der Tatsache, dass ein Unternehmen im internationalen Wettbewerb steht, erfolgt. Für weitere Überlegungen zur Entlastung stromintensiver Unternehmen verweisen wir auf die beiliegende Stellungnahme der WEKO im Rahmen der Vernehmlassung zur PI 12.400.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die WEKO begrüsst den Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen aus dem Einspeisevergütungssystem, da es andernfalls zu einer (indirekten) Subventionierung der Abfallentsorgung kommt, was dem Verursacherprinzip zuwiderläuft und Marktverzerrungen nach sich ziehen kann.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nach Ansicht der WEKO besteht das Hauptproblem des Einspeisevergütungsmodells darin, dass den geförderten Anlagen eine fixe Vergütung (abhängig von der Produktion) über eine fixe Dauer garantiert wird. Dies bringt zwar Investitionssicherheit, führt aber dazu, dass während der Betriebsphase der Anlage nur geringe Anreize für Massnahmen zur Effizienzsteigerung bestehen. Mit einer Förderzusage profitiert die betreffende Anlage zudem von einer langjährigen finanziellen Unterstützung nach heute festgelegten Tarifen. Damit trägt der zu bezahlende Tarif den zukünftigen technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht genügend Rechnung.

Mit einem einmaligen Investitionsbeitrag wird zwar heute in den (Technologie-)Wettbewerb eingegriffen, der zukünftige Wettbewerb zwischen den verschiedenen Technologien wird jedoch weniger beeinträchtigt als bei der Einspeisevergütung. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüssen, dass kleine Photovoltaikanlagen zukünftig nicht mehr von einem garantierten Stromabnahmepreis profitieren. Das Förderungsmodell von einmaligen Investitionsbeiträgen wäre nach Ansicht der WEKO auch für die restlichen Erneuerbaren Energien eine zu prüfende Option.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die

künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

- ☐ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Aus Sicht des Wettbewerbs ist keine der beiden Optionen der anderen vorzuziehen.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

- ☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

- ☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

- ☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....
.....
.....
.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf

die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Wettbewerbskommission WEKO
Commission de la concurrence COMCO
Commissione della concorrenza COMCO
Competition Commission COMCO

REGISTRATUREXEMPLAR

CH-3003 Bern, WEKO

Bundesamt für Energie BFE
Vernehmlassung 12.400
Postfach
3003 Bern

Vorab per Email/Fax an:
Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: 523 PI 12.400
Direktwahl:
Bern, 30.10.2012

**523: Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 12.400
«Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der
Grossverbraucher (UREK-N)»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung.

Die Wettbewerbskommission (WEKO) nimmt im Vernehmlassungsverfahren Stellung zu Entwürfen zu rechtsetzenden Erlassen des Bundes, die den Wettbewerb beschränken oder auf andere Weise beeinflussen (Art. 46 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen; KG; SR 251). Vor diesem Hintergrund sind nachfolgend insbesondere Bemerkungen zu den Artikeln 15b^{bis} und 15b^{ter} EnG angezeigt.

Vorab sind folgende Vorbehalte anzubringen: Sowohl die Parlamentarische Initiative 12.400 (implizit) als auch die Energiestrategie 2050 (explizit) sehen einen massiven Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien vor. Dabei soll die Ökostromproduktion wie im bereits implementierten System auch weiterhin durch Subventionen (Einspeisevergütung) gefördert werden.

Die WEKO nimmt das politische Ziel der Ökostromförderung mittels Einspeisevergütung zur Kenntnis und verzichtet auf eine Bewertung desselben aus wettbewerblicher Sicht. Uns ist es jedoch ein zentrales Anliegen, dass die Lastenverteilung bei der Finanzierung der Einspeisevergütung mit möglichst geringen Wettbewerbsverzerrungen einhergeht.

Wettbewerbskommission
Monbijoustrasse 43, CH 3003 Bern
Tel. +41 31 322 2040, Fax +41 31 322 2053
weko@weko.admin.ch
www.weko.admin.ch

Ad Art. 15b^{bis} EnG

Gemäss dem erläuternden Bericht der UREK-N bezweckt dieser Artikel eine Entlastung von stromintensiven Unternehmen, «damit sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit behalten können».

Diesbezüglich weisen wir darauf hin, dass die Umsetzung dieses Ziels tendenziell zur Strukturerhaltung beiträgt und damit an sich einen Eingriff in das freie Spiel der Marktkräfte darstellt. Ein derartiger Eingriff ist aus Sicht des Wettbewerbs grundsätzlich nicht wünschenswert. Der WEKO ist jedoch bewusst, dass der vorgeschlagene Eingriff die potenziell negativen Auswirkungen der Energiestrategie 2050 für energieintensive Unternehmen zu mildern und damit den Zielkonflikt zwischen der Förderung von erneuerbaren Energien und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Unternehmen abzuschwächen versucht.

Nachfolgende Erwägungen erfolgen aus diesem Grund unter der Prämisse, dass es dem politischen Willen entspricht, stromintensive Unternehmen zu entlasten. Vorliegend gilt es somit lediglich zu prüfen, ob das vorgeschlagene Entlastungsregime (a) geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen und (b) nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen entlasteten und nicht entlasteten Unternehmen, die miteinander im Wettbewerb stehen, führt.

Art. 15b^{bis} EnG verwendet relative Schwellenwerte für die Ermittlung der Entlastung von Stromverbrauchern und trägt somit – im Gegensatz zu absoluten Schwellenwerten – der Relevanz des Stromverbrauchs im Produktionsprozess von Unternehmen Rechnung. Art. 15b^{bis} EnG scheint somit grundsätzlich geeignet, das Ziel der Entlastung von energieintensiven Unternehmen zu erfüllen. Mit der Bedingung, dass eine Rückerstattung des Netzzuschlags erst ab einem jährlichen Rückerstattungsbetrag von mindestens 20 000 Franken erfolgt (Art. 15b^{bis} Abs. 1 Bst. b EnG), wird jedoch durch die Hintertüre ein zusätzlicher absoluter Schwellenwert eingeführt¹, so dass nur sehr grosse stromintensive Unternehmen von einer Entlastung profitieren können. Ob vor diesem Hintergrund tatsächlich diejenigen energieintensiven Unternehmen von einer Entlastung profitieren können, welche tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, ist offen. Damit ist es auch fraglich, ob das Ziel der Beibehaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Unternehmen tatsächlich erreicht wird.

Unabhängig von dieser Zielsetzung führt die vorgeschlagene Regelung von Art. 15b^{bis} Abs. 1 Bst. b EnG zu massiven Wettbewerbsverzerrungen. Durch die Einführung des Mindestrückstattungsbetrags (indirekt eingeführter absoluter Schwellenwert) kommt es zu einer Verfälschung des inländischen Wettbewerbs. So werden stromintensive Unternehmen, welche den Mindestrückstattungsbetrag (ev. sogar knapp) nicht erreichen nicht entlastet, während ihre Konkurrenten, welche den Mindestrückstattungsbetrag (vielleicht nur knapp) erreichen (teil-)entlastet werden. Aus diesem Grund beantragt die WEKO die Streichung von Art. 15b^{bis} Abs. 1 Bst. b EnG oder zumindest eine Herabsetzung des Mindestrückstattungsbetrags auf eine Bagatellgrenze, die dem tatsächlichen Aufwand der Rückerstattung entspricht.

Es ist darauf hinzuweisen, dass auch relative Schwellenwerte zu Wettbewerbsverzerrungen führen können. Dabei ist zu präzisieren, dass ein Regime mit abgestuften Schwellenwerten je nach Ausgestaltung zu weniger einschneidenden Wettbewerbsverzerrungen als ein Regime ohne Abstufungen führt. Aus diesem Grund ist die Einführung der Abstufung von Art. 15b^{bis} Abs. 3 EnG daher grundsätzlich zu begrüssen. Für Werte < 5% und Werte > 10% bleibt das Problem jedoch bestehen.

¹ Bei einem maximalen Netzzuschlag von 1,5 Rp./kWh würden von der neuen Regelung somit nur Unternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 1,33 GWh profitieren (beim momentan geltenden Netzzuschlag von 0,45 Rp./kWh erst ab einem Stromverbrauch von 4,44 GWh).

Nach Ansicht der WEKO besteht das Hauptproblem von Art. 15b^{bis} Abs. 3 EnG darin, dass der gesamte Netzzuschlag rückerstattet respektive reduziert wird, wenn die betreffenden Schwellenwerte erreicht werden. Die Folge davon ist, dass ein Überschreiten des Schwellenwertes zu einer massiven Änderung des letztlich zu bezahlenden Netzzuschlags und damit zu einem wichtigen Wettbewerbsvor- bzw. -nachteil gegenüber Konkurrenzunternehmen führt. Um diese krassen Unterschiede abzuschwächen, sollte eine Reduktion resp. ein Erlass des Netzzuschlags jeweils nur für den Teil des Stromverbrauchs gewährt werden, der zwischen resp. über den jeweiligen Schwellenwerten liegt (vgl. dazu die beiliegende Illustration). Die WEKO beantragt demnach eine Anpassung von Art. 15b^{bis} Abs. 3 EnG im Sinne dieser Erwägungen.

Schliesslich ist die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene Schwellenwertregelung nicht nur aus Sicht des Wettbewerbs sondern auch aus umweltpolitischen Überlegungen diskutabel. Ein Schwellenwert kann den Anreiz der Unternehmen mindern, ihren Produktionsprozess (strom-)effizienter zu gestalten. Dies wäre dann der Fall, wenn sie durch eine Optimierung ihres Produktionsprozesses den Stromverbrauch eigentlich unter den Schwellenwert senken könnten, dies jedoch unterlassen, um weiterhin von einer (mit dem Schwellenwert einhergehenden) höheren Entlastung des Netzzuschlags zu profitieren. Ein solches Vorgehen ist innovationshemmend und deshalb nicht nur aus umwelt- sondern auch aus wettbewerbspolitischer Sicht abzulehnen. Unternehmen haben nämlich ein Interesse daran, durch Innovation laufend (strom-)effizienter zu werden und dadurch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Konkurrenten zu erreichen. Die vorgesehene Regelung konterkariert diesen Anreiz.

Ad Art. 15b^{ter} EnG

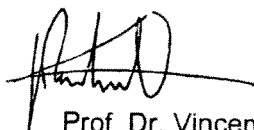
Die Beibehaltung einer Härtefallregelung ist grundsätzlich zu begrüßen, sofern sie tatsächlich das Ziel verfolgt, und auch dementsprechend angewendet wird, um erhebliche Wettbewerbsbeeinträchtigungen zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang und in Anbetracht der erwähnten wettbewerblichen Mängel von Art. 15b^{bis} EnG ist zu überlegen, ob die Härtefallregelung nicht dahingehend ausgestaltet werden könnte, um alle Unternehmen einer klar definierten Branche gleichermassen vom Netzzuschlag zu entlasten. Dabei müsste jedoch aufmerksam darauf geachtet und sichergestellt werden, dass auch alle Wettbewerber der entlasteten Unternehmen eine entsprechende Entlastung erfahren. Art. 15b^{bis} EnG könnte bei einer solchen Regelung in der Folge gestrichen werden.

Inwiefern eine solche Lösung machbar ist (Erfassung aller Wettbewerber, beihilferechtliche Überlegungen), bleibt zu klären.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Bemerkungen.

Mit freundlichen Grüßen
Wettbewerbskommission



Prof. Dr. Vincent Martenet
Präsident



Dr. Rafael Corazza
Direktor

Beilage: erwähnt



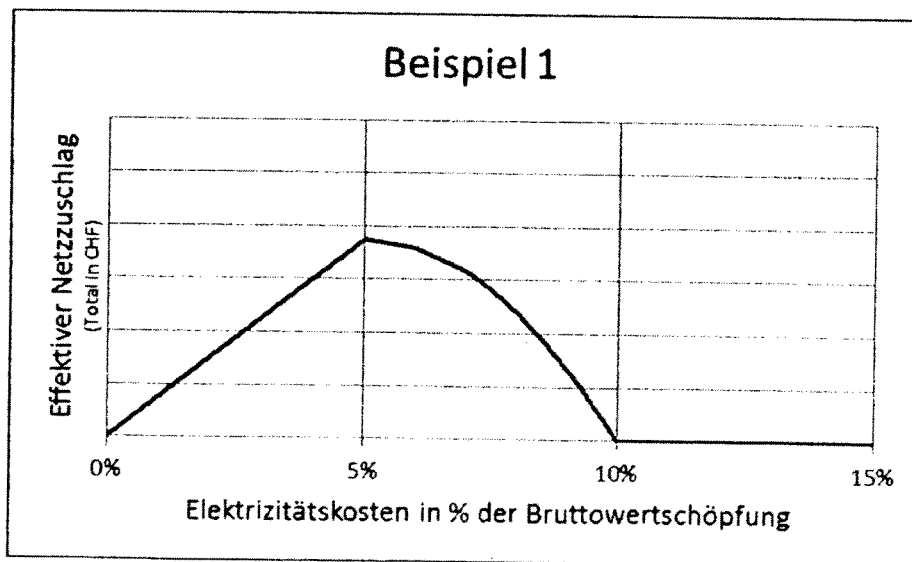
Beilage zur Stellungnahme betr. die Parlamentarische Initiative 12.400

Nach Ansicht der WEKO besteht das Hauptproblem von Art. 15b^{bis} Abs. 3 EnG darin, dass der gesamte Netzzuschlag reduziert resp. erlassen wird, wenn die betreffenden Schwellenwerte von 5 % resp. 10 % erreicht werden. Die Folge davon ist, dass ein Überschreiten des Schwellenwertes zu einer massiven Änderung des effektiv zu bezahlenden Netzzuschlags und damit zu einem wichtigen Wettbewerbsvor- bzw. Wettbewerbsnachteil gegenüber Konkurrenzunternehmen führt (vgl. Beispiel 1).

Um diese erheblichen Unterschiede abzuschwächen, sollte eine Reduktion resp. ein Erlass des Netzzuschlags jeweils nur für den Teil des Stromverbrauchs gewährt werden, der zwischen resp. über den jeweiligen Schwellenwerten liegt (vgl. Beispiel 2).

Beispiel 1: Illustration des effektiv zu bezahlenden Netzzuschlags unter Anwendung von Art. 15b^{bis} Abs. 3 EnG

- Elektrizitätskosten kleiner 5 % der Bruttowertschöpfung: keine Entlastung
- Elektrizitätskosten zwischen 5 % und 10 % der Bruttowertschöpfung: gesamter Netzzuschlag wird reduziert; Reduktion erfolgt proportional zum Verhältnis zwischen Elektrizitätskosten und Bruttowertschöpfung.
- Elektrizitätskosten grösser 10 % der Bruttowertschöpfung: Vollständige Entlastung (kein Netzzuschlag)



Beispiel 2: Illustration des effektiv zu bezahlenden Netzzuschlags unter einem weniger wettbewerbsverzerrenden Rückerstattungssystem

- Elektrizitätskosten kleiner 5 % der Bruttowertschöpfung: keine Entlastung
- Elektrizitätskosten grösser 5 % aber kleiner 10 % der Bruttowertschöpfung:
 - o keine Entlastung des Netzzuschlags für jenen Stromanteil, dessen Elektrizitätskosten den ersten 5 % der Bruttowertschöpfung entspricht.
 - o Reduktion des Netzzuschlags für den restlichen Stromanteil; Entlastung erfolgt proportional zum Verhältnis zwischen Elektrizitätskosten und Bruttowertschöpfung.
- Elektrizitätskosten grösser 10 % der Bruttowertschöpfung:
 - o keine Entlastung des Netzzuschlags für jenen Stromanteil, dessen Elektrizitätskosten den ersten 5 % der Bruttowertschöpfung entspricht.
 - o Reduktion des Netzzuschlags für jenen Stromanteil, dessen Elektrizitätskosten den zweiten 5 % der Bruttowertschöpfung entspricht; Entlastung erfolgt proportional zum Verhältnis zwischen Elektrizitätskosten und Bruttowertschöpfung.
 - o Vollständige Entlastung des Netzzuschlags (kein Netzzuschlag) für den restlichen Stromanteil.

